

Die wirtschaftlichen Folgen von REACH

Die Frage nach den wirtschaftlichen Auswirkungen der EU-Chemikalienreform REACH¹ auf große und insbesondere auf kleine und mittlere Chemieunternehmen (KMU) ist der am heftigsten diskutierte Streitpunkt in der Auseinandersetzung um die EU-Chemikalienreform. Dabei werden von den Gegnern einer starken Chemikalienreform immer wieder falsche Informationen verbreitet, um REACH als wirtschaftsfeindlich zu diskreditieren.

In der ersten Phase der REACH-Debatte hatte die chemische Industrie zunächst mit zweifelhaften Studien² zu zeigen versucht, dass REACH horrenden Kosten für die **Hersteller** von Chemikalien verursache. Obwohl diese Behauptungen widerlegt wurden, war der Schaden bei REACH angerichtet: unter öffentlichem und politischem Druck präsentierte die EU-Kommission im Herbst 2003 einen deutlich abgeschwächten, wirtschaftsfreundlichen REACH-Entwurf.

Seither konzentriert sich die Lobby- und PR-Arbeit der Chemieindustrie auf die **Anwender**, die **kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)**. KMU sind nach Definition der EU-Kommission mittelständische Unternehmen mit bis zu 250 Mitarbeitern, die Chemikalien in der Regel nicht selbst produzieren, sondern von größeren Herstellern beziehen. Die chemische Industrie dagegen zählt auch Betriebe mit 500 Mitarbeitern noch als KMU. Und sie instrumentalisiert die mittelständischen Betriebe mit Falschinformationen und neuen Horrorszenarien für eine weitere Abschwächung des REACH-Entwurfes.

Die Behauptungen sind im Kern diesselben geblieben: REACH verursache diesen Firmen einen enormen Bürokratieaufwand und immense Kosten - vor allem für die Registrierung von Stoffen - und führe zum Verlust von Zehntausenden von Arbeitsplätzen. Außerdem würden viele Stoffe wegen der hohen Kosten vom Markt verschwinden, und die Unternehmen würden an Standorte außerhalb der EU „flüchten“.

Warum entwirft die chemische Industrie diese ökonomischen Schreckensszenarien? Sie fürchtet, dass sich viele ihrer Chemikalien als gefährlich erweisen, wenn sie erstmals ausreichend getestet werden. Dies würde nicht nur die Beschränkung bzw. ein Verbot der Produktion und Verwendung sowie die kostspielige Entwicklung von Alternativstoffen nötig machen, sondern würde die Unternehmen evtl. auch juristisch haftbar und schadensersatzpflichtig machen.

Fakt ist: REACH wird weder für große Chemieunternehmen noch für kleine und mittlere Betriebe der Chemiebranche gravierende negative Auswirkungen haben.

Das zeigen folgende Fakten:

➤ **Chemieunternehmen werden durch REACH keine gravierenden Kosten entstehen.**

Die Kosten für Chemieunternehmen wurden in zahlreichen Kostenabschätzungen untersucht. Die EU-Kommission, das Umweltbundesamt und viele weitere Fachinstitutionen schätzen, dass der chemischen Industrie direkte Kosten in Höhe von 2,3 bis maximal 4 Milliarden Euro, verteilt über

¹ REACH = **R**egistration, **E**valuation, **A**uthorisation and Restrictions of **C**hemicals

² Studien der Beraterfirma Arthur D. Little im Auftrag des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) behaupteten, REACH führe zum Verlust von über bis zu 1,2 Millionen Arbeitsplätzen in Europa und führe allein in Deutschland zu einem Rückgang des Bruttosozialproduktes von rund 3 Prozent. Die Studie gilt in der Fachwelt als methodisch und inhaltlich unseriös, vgl. u.a. Umweltbundesamt (www.reach-info.de)

einen Zeitraum von 11 (!) Jahren, entstehen. Die jährlichen Kosten für die europäische Chemiebranche liegen damit bei nur 0,04 bis 0,06 % ihres Jahresumsatzes.

- **Die europäische Chemieindustrie selbst kommt in einer Studie zu dem Schluss, dass REACH für Chemieunternehmen zu keinen nennenswerten Belastungen führt³.**

Anders als von der Chemieindustrie geplant, belegte ausgerechnet diese von den Chemieverbänden CEFIC und UNICE gemeinsam mit der EU-Kommission finanzierte Studie vom April 2005 die Wirtschaftsverträglichkeit von REACH. Selbst unter Annahme ungünstigster Bedingungen zeigte die Studie u.a.

- dass kleine und mittlere Unternehmen durch REACH finanziell nicht signifikant belastet werden und von einer Existenzbedrohung durch REACH keine Rede sein kann.
- dass es keine Belege dafür gibt, dass Stoffe aufgrund hoher Kosten durch REACH vom Markt genommen werden müssen.
- dass sich die Befürchtung, REACH könne zur Abwanderung von Unternehmen in Nicht-EU-Länder, nicht belegen läßt.

Selbst EU-Industriekommissar Günter Verheugen, sonst Argumenten der Industrie sehr aufgeschlossen, erklärte die Kostendebatte über REACH nach dieser Studie für „beendet“. Dies hindert die chemische Industrie allerdings bis heute nicht daran, mit ihren herkömmlichen Katastrophenszenarien weiter Stimmung gegen REACH zu machen und massive Abschwächungen von REACH vor allem bei den Stoffsicherheitsinformationen zu fordern.

- **Die meisten der kleinen und mittleren Unternehmen müssen gar keine Stoffe registrieren lassen - ihnen entstehen durch REACH also keine Registrierungskosten.**

Denn die meisten der kleinen und mittleren Chemieunternehmen stellen selbst gar keine Chemikalien her, sondern beziehen diese von den großen Herstellern und verarbeiten sie weiter. Unter REACH müssen vor allem Hersteller und Importeure von Chemikalien ihre Stoffe registrieren lassen. Verarbeitende KMU als Anwender müssten Stoffe nur dann registrieren lassen, wenn sie Chemikalien anders als vom Hersteller vorgesehen verwenden und diese Verwendung dem Hersteller nicht anzeigen wollen, was sehr selten der Fall sein wird.

- **Hersteller von Chemikalien, die ihre Stoffe in Mengen von ein bis zehn Tonnen pro Jahr produzieren (das sind zwei Drittel der 30.000 von REACH erfassten Stoffe), haben unter REACH 11 Jahre (!) Zeit, diese Stoffe registrieren zu lassen.**

Diese wirtschaftsfreundliche Regelung ermöglicht es der Branche, eventuelle Registrierungskosten über viele Jahre zu verteilen. Dazu kommt, dass Hersteller, die neue Chemikalien unter einer Tonne Jahresproduktion auf den Markt bringen wollen, diese gar nicht registrieren müssen, da REACH - leider - erst für Stoffe ab 1 Tonne gilt. Zum Vergleich: die derzeit geltende Neustoff-Regelung schreibt eine umfangreiche Registrierung schon ab 10 Kilogramm Jahresproduktion vor!

- **Viele kleinere Unternehmen werden selbst nur geringe oder keine Registrierungskosten zahlen müssen.**

Denn in vielen Fällen werden große Hersteller diese Chemikalien bereits registrieren und sich die Kosten teilen. Durch die geplante OSOR-Regelung (One substance - one registration) müssen

³ KPMG-Studie: http://europa.eu.int/comm/enterprise/reach/docs/reach/kpmg_summary.pdf

Stoffe nur einmal registriert werden, nicht von jedem Unternehmen neu.

- **Kleine und mittlere Unternehmen, die Chemikalien anwenden, werden durch REACH finanziell nicht be-, sondern entlastet.**

REACH verpflichtet die Hersteller - das sind in der Regel keine KMU - erstmals umfassende Informationen über Zehntausende von Chemikalien zu liefern, über die bisher keine oder nur unzureichende Sicherheitsinformationen vorliegen. Bisher müssen KMU als Anwender von Chemikalien auf eigene Kosten eine Risikobewertung der von ihnen verwendeten Produkte durchführen, um Gefahren für Belegschaft und Verbraucher abzuschätzen. REACH sorgt dafür, dass die Anwender mehr Informationen über die Stoffe in ihren Produkten erhalten und dadurch die Sicherheit ihrer Produkte besser und ohne finanziellen Mehraufwand bewerten können.

- **Durch REACH werden sich auch die Preise der Chemikalien, die kleine und mittlere Unternehmen beziehen und verarbeiten, nicht nennenswert erhöhen.**

Eine Studie der Generaldirektion Unternehmen der Europäischen Kommission schätzt, dass die Kosten der Chemikalien nur um 0,02 bis maximal 0,1 Prozent steigen könnten⁴. Das ist ein Bruchteil der Kostenschwankungen, die für Unternehmen der Branche normal sind. So schwankt zum Beispiel der Rohölpreis wöchentlich um mehrere Zehntel Prozent.

- **Kleine und mittlere Unternehmen erhalten durch REACH mehr und bessere Stoffinformationen und sparen dabei nicht nur Kosten, sondern haben auch weniger bürokratischen Aufwand.**

Denn REACH ersetzt über 40 bestehende Regelungen über Chemikalien. Mittelständische Unternehmen erhalten künftig von den Stoffherstellern umfassendere und bessere Daten über Risiken und Anwendungsmöglichkeiten der Chemikalien, die sie benutzen und verarbeiten. Das bedeutet auch ein geringeres Gesundheitsrisiko für die Belegschaften dieser Firmen und damit weniger krankheitsbedingte Kosten.

- **Auch die Behauptung, REACH würde wegen hoher Kosten zu einem „Stoffsterben“ führen und viele Chemikalien - besonders in kleinen Mengen produzierte Spezialchemikalien - würden vom Markt verschwinden, ist falsch.**

Die EU-Kommission schätzt, dass durch REACH maximal 1 bis 2 Prozent aller chemischen Stoffe aus dem Markt genommen werden könnten⁵. Darunter werden sich auch solche Stoffe befinden, deren Gefährlichkeit für Gesundheit und Umwelt Risiko bisher unbekannt war und durch REACH erstmals erkannt und geregelt wird. Gerade die Hersteller von Spezialchemikalien in kleinen und Kleinstmengen werden von REACH geschont, denn Stoffe unter einer Tonne Jahresproduktion sind von der Registrierungspflicht ausgenommen.

- **REACH beendet Wettbewerbsverzerrungen, die Unternehmen, die umwelt- und verbraucherfreundlich handeln, benachteiligen.**

Unternehmen, die heute schon hohe Sicherheitsstandards ihrer Chemikalien durchsetzen, werden ökonomisch gegenüber anderen benachteiligt, die bis heute keine ausreichenden

⁴ Canton/Allen, DG Enterprise: „A Microeconomic Model to Assess the economic impacts of the EU's New Chemical Policy“, November 2003, S. 27-31

⁵ EU-Kommission: REACH Impact Assessment Okt. 2003

Sicherheitsinformationen über ihre Stoffe liefern.

➤ **REACH wird wirtschaftlich enorme positive Folgen haben.**

Allein im Gesundheitsbereich wird REACH durch sinkende Krankheitszahlen nach Schätzungen der EU-Kommission rund 50 Milliarden Euro in den nächsten 30 Jahren einsparen. Bezieht man weitere Nutzenrechnungen für geringere Umweltschäden, höheren Verbraucherschutz, geringeren Schutzaufwand durch sicherere Chemikalien etc. mit ein, gehen die Schätzungen sogar bis zu 200 Milliarden Euro an positiven Effekten. Die Experten sind sich einig, dass der Nutzen von REACH die Kosten um ein Vielfaches übersteigen wird.

Für weitere Informationen: Ulrike Kallee, Chemiereferentin, Tel +49 40 30618 328, mobil +49 151 18053387, ulrike.kallee@greenpeace.de

Stefan Krug, Leiter der Politischen Vertretung Berlin, Tel +49 30 308899 20, mobil 0171-87 80 836
stefan.krug@greenpeace.de

(Stand: Oktober 2005)